



Aus der Fallstudie abgeleitete Forderungen

Die Fallstudie zeigt die gravierenden negativen Effekte des nicht vorhandenen rechtlichen Mietschutzes für kleingewerbliche Strukturen exemplarisch am Fall Kamil Mode auf. Sie verdeutlicht Strategien, um die gewachsenen und für die Vielfalt der Berliner Kieze stehenden Strukturen (Kreuzberger Mischung) zu schützen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen und damit potentiell Verdrängungen zu verhindern.

Beratungs- und Förderstruktur für Kleingewerbe als aufsuchende Gewerbemietberatung

Die Einrichtung einer aufsuchenden und aktivierenden Beratungs- und Förderstruktur für Kleingewerbe mit dem Ziel der Selbst-Organisation von Gewerbetreibenden und Anwohner*innen wird als absolut notwendig angesehen, um direkt und trotz der aktuell gegebenen schwierigen Rahmenbedingungen effektiv weitere Verdrängungen zu verhindern.

Klare Standards für gewerbliche Mietverträge

Gewerbliche Mietverträge brauchen bessere Standards, z.B.: längere Laufzeiten, eine Begrenzung der Mieterhöhungen, einen längeren Kündigungsschutz, Entschädigungen sowie die Darlegung von fundierten Kündigungsgründen.

Kampagne für ein Gewerbemieterschutz

Zur Erhaltung der Berliner Mischung und einer heterogenen Kiezstruktur ist neben den Wohnungsmieterschutz ein gewerblicher Mietschutz notwendig. Alle politischen Vertreter*innen sollten dazu eine nachhaltige Kampagne für einen Gewerbemieterschutz starten.

im Bezirk erhalten und neu geschaffen werden – ähnlich den sozialgebundenen Wohnungen.

Erstellen einer Studie zu Möglichkeiten und Grenzen des Schutzes für Gewerbe im Rahmen der Milieuschutz-Verordnung

Die Möglichkeiten für einen Schutz von kleingewerblicher Strukturen in Milieuschutzgebieten muss schnellstmöglich in einer Studie konkret untersucht werden, um mögliche Wege für eine gezielte Anpassung und Ergänzung der rechtlichen Rahmenbedingungen aufzuzeigen.

Aufzeigen und analysieren aktueller Verdrängungsprozesse durch begleitende Studien

Derzeit wird der ablaufende Verdrängungsprozess nicht analytisch begleitet. Er wird oft nur durch einzelne Beispiele sichtbar. Ein Monitoring der aktuellen Veränderung und Aufarbeitung des bisherigen Verdrängungsprozesses sollte die Dimension der Verdrängung sichtbar machen.

Einbindung der Initiativen - Ko-Produktionen

Die Arbeit von Initiativen muss stärker unterstützt, anerkannt und in die bezirklichen Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die in den Initiativen vorhandene Expertise muss ernst genommen und gefördert werden.

Die Fallstudie kann auf der Stadtprojekte Website unter folgendem Link heruntergeladen werden:

<https://stadtprojekte.org/2019/09/die-verdraengung-des-ladens-kamil-mode-und-was-wir-daraus-lernen-koennen-fuer-die-arbeit-gegen-die-gentrifizierung/>

Kamil Mode

Dokumentation einer Verdrängung

Keine Unterstützung von Räumungen

An Hand der vorliegenden Fallstudie wird das massive Ungleichgewicht zwischen Gewerbevermieter*innen und -mieter*innen deutlich. Dieses Ungleichgewicht wird derzeit nicht durch gesetzliche Regularien moderiert bzw. ausgeglichen. Auch wurde das Problem der gesundheitlichen Gefährdung durch die Existenzbedrohung der Betroffenen durch die Praxis von Zwangsräumungen dargestellt. Wir erklären uns daher solidarisch mit der Neuen Berliner Linie und fordern: keine weiteren Zwangsräumungen durch den Rot-Rot-Grünen Senat!

Umsetzung aller möglichen Maßnahmen, um der weiteren Verdrängung von Kleingewerbe in den Kiezen Einhalt zu gebieten.

Die vorliegende Studie zeigt ein ganzes Spektrum von Maßnahmen und Handlungsoptionen, die potentiell Betroffenen bekannt gemacht werden müssen, um sie selbst handlungsfähig zu machen. Ebenso bedarf es der weiteren Sensibilisierung aller Beteiligten in Behörden und Ämtern, um im Akutfall schnell reagieren und fallspezifisch konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Offensive Informationspolitik der öffentlichen Hand

Wichtig sind Informationskampagnen zur Verdrängungsproblematik für potentiell Betroffene: Welche Gefahren bestehen? Welche Möglichkeiten und Rechte habe ich? Was kann ich im Fall einer Kündigung bzw. massiven Mietsteigerung tun?

Förderung von Kleingewerbe und Schaffung von günstigen Gewerbeflächen im Bezirk

Günstige Gewerbeflächen für Kleingewerbe, sozialen Einrichtungen, Selbstständige, Künstler*innen usw. müssen als ein relevanter prozentualer Anteil an der Gesamtgewerbefläche proaktiv